

**Das Bild Polens und der polnischen Politik
am Beispiel ausgewählter Artikel in den deutschen
Medien im Jahr 2017**

Aleksandra TRZCIELIŃSKA-POLUS

**Image of Poland and Polish Policy on Example of Selected
Articles in German Media during the Year 2017**

Abstract: The article presents the image of Poland and its politics, both foreign and internal, created by German press since early 2017 until August that same year. Newspapers issued in the Western and Eastern part of the Federal Republic of Germany (mainly „Süddeutsche Zeitung“ and „neues deutschland“) were analyzed. The goal of this article is to answer the following question: what image of Poland is created in press in Germany and are there differences in this regard between liberal and left-wing media? Ten issues presented in the abovementioned newspapers were analyzed including, among others, the evaluation of the governing party PiS and the opposing parties, judicial reform, Polish migration policy, politics of memory, state of Polish-German relations.

It was concluded that Poland is paid much more attention in German press than other Central and Eastern European states. The situation in Poland is very critically assessed in German media. In the critical appraisal of Poland and of the policy pursued by its government, no major differences in articles published in newspapers issued in Western and Eastern Germany were found.

Key Words: Poland, Polish politics, German media, PiS – governing party, Criticism

Politische Wissenschaftler betrachten die Massenmedien, vor allem Zeitungen und Zeitschriften, als eine wichtige Quelle für politische Informationen, denn die Medien tragen nicht nur zur Meinungsbildung bei, zu ihren Aufgaben gehört auch eine gewisse öffentliche Kontroll- und Kritikfunktion. Mit der wissenschaftlichen Untersuchung von Zeitungsbeiträgen soll ermittelt werden, welches politische Wissen die Leser durch diese Berichterstattung erhalten, denn die Presse vermittelt nicht nur Berichte und Kommentare, sondern auch Hintergrundwissen.

Dieser Beitrag versucht aufzuzeigen, welches Bild von Polen und von der Politik der derzeitigen polnischen Regierungspartei in deutschen Zeitungen in der Zeit von Januar bis Mitte August 2017 vermittelt wurde. Dabei werden vor allem die „Süddeutsche Zeitung“, „Neues Deutschland“, „Der Spiegel“ und die „Märkische Allgemeine Zeitung“ herangezogen. Es geht dabei um das Bild von Polen in West- und Ostdeutschland.

- Die seit 1945 in München herausgegebene „Süddeutsche Zeitung“ (SZ) gilt neben der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) und „Die Welt“ als eines der Leitmedien. Dem Statut zufolge erstrebt die Zeitung „freiheitliche, demokratische Gesellschaftsformen nach liberalen und sozialen Grundsätzen“; sie wird oft als gemäßigt links eingestuft. Außer den Artikeln deutscher Journalisten erscheinen in der Zeitung auch Artikel von Gastautoren, u.a. auch von polnischen Autoren.
- Der „Spiegel“ ist ein seit 1947 in Hamburg erscheinendes, wöchentliches Nachrichtenmagazin, das nach Meinung zahlreicher Journalisten großen Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung hat.
- „neues deutschland“ (seit 2011 wird der Name klein geschrieben) versteht sich als sozialistische Tageszeitung. Von 1946 bis 1989 war es das Zentralorgan der SED. Von Ende 1989 bis Anfang 2007 war die Zeitung im Besitz der PDS, und seit dieser Zeit gehört sie zu 50% treuhänderisch der Partei die Linke.
- Die „Märkische Allgemeine Zeitung“ erscheint als Tageszeitung in Potsdam. Wegen der unmittelbaren Nähe zu Polen werden die Probleme

im Grenzgebiet hier öfters thematisiert als in vielen anderen deutschen Medien. (z.B. „Woodstock“-Festival).¹

Seit der Parlamentswahl in Polen am 25. Oktober 2015 hat die nationalkonservative Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) die absolute Mehrheit der Mandate im Sejm (der ersten polnischen Parlamentskammer) und im Senat, und seit dem 16. November 2015 regiert diese Partei in Polen allein (ohne Koalitionspartner). Die PiS stellt mit Andrzej Duda auch den Präsidenten, obwohl dieser parteilos sein sollte. Die neoliberale (liberalkonservative) Partei Bürgerplattform (PO) hat nach acht Jahren (2007-2015) die Macht verloren, weil ihr seitens der Bevölkerung Passivität und Arroganz vorgeworfen wurde („nicht ohne Grund“, wie man in Deutschland schreibt).² Die Bürgerplattform hat ihren Kredit in den acht Jahren verspielt, steht in „neues deutschland“.³

Polens Außenminister Witold Waszczykowski hat 2016 in einem Interview für die „Deutsche Welle“ (Anlass war der 25. Jahrestag des deutsch-polnischen Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit) gesagt, das Bild über Polen in den deutschen Medien sei nicht objektiv. Nach seiner Meinung ist die Ursache des „schlechten und falschen Polen-Bildes“ die Asymmetrie von Information und Wissen (in Polen sei das Wissen über Deutschland viel größer als umgekehrt). Einige deutsche Medien, so der Minister, entwerfen ein Bild von Polen als antieuropäischer Staat. Er beklagte auch die immer noch vorhandenen Klischees über Polen. Auch Jarosław Kaczyński kritisierte im Februar 2017 die deutschen Medien, die seiner Meinung nach „in Deutschland Stimmung gegen Polen“ machen.⁴

In diesem Zusammenhang lautet die wichtigste Frage: Wie sieht das Bild von Polen und seiner Politik in der deutschen Presse tatsächlich aus? Und: Gibt es Unterschiede in der Darstellung Polens zwischen der „westlichen“- (eher liberalen) und „östlichen“- (eher linken) Presse in Deutschland? Anhand von zehn Themen werden die wichtigsten Gesichtspunkte, die von den genannten Zeitungen vermittelt werden, dargestellt.

1. Die regierende Partei Recht und Gerechtigkeit wird als eine nationalistische, populistische, religiöse und europaskeptische Partei dargestellt.

Ihr Chef, Jarosław Kaczyński, wird u.a. als „starker Mann Polens“, „Feind kritischer Medien“, „Spiritus Rector“, Mann, der „ein illiberales Land in einer schwachen EU“ anstrebt, „Polens dunkler Herrscher“, der aus dem Hinterzimmer regiert, „polnischer Strippenzieher“ bezeichnet.

Jan Puhl hat in einem Artikel in der Zeitschrift „Der Spiegel“ geschrieben, dass das Zentrum der polnischen Macht weder im Parlament noch im Präsidentenpalast liegt, sondern im Hauptquartier der Partei Recht und Gerechtigkeit, wohin Jarosław Kaczyński jeden Tag mit einem Dienstwagen geholt wird und wo die Minister sowie der Präsident der Nationalbank Direktiven und Ratschläge bekommen. Sowohl Präsident Andrzej Duda als auch Ministerpräsidentin Beata Szydło werden „willfähige Diener“ von Kaczyński genannt.

Die nationalkonservative Partei „Recht und Gerechtigkeit“ will gemäß der „Süddeutschen Zeitung“ ein homogenes, souveränes Polen gestalten, „das sich seinen Patriotismus, die katholische Identität und ein traditionelles Familienbild vollständig bewahrt, die laizistische Moderne beargwöhnt und den Einfluss des Auslands gering hält“.⁵ Die Zeitung „neues deutschland“ schreibt dazu noch, dass die PiS den „moralisch genesenen“ Staat will. Polen soll „autoritärer, illiberaler, klerikaler“ werden.⁶

Der Partei PiS wird vor allem der antidemokratische Staatsumbau („Demontage des Rechtsstaats“)⁷ zugeschrieben. „Eine illiberale Demokratie à la Kaczyński“ bedeute, dass die Mehrheit alles und die Minderheit nichts darf. Die Justiz wird als nicht mehr unabhängig dargestellt. Besonders hart ist die Feststellung, dass die Herrscher entscheiden, wer die wahren Polen sind und wer als Volksverräter oder als „Menschen der zweiten Sorte“ genannt werden.⁸

Der regierenden Partei wird auch Arroganz vorgeworfen. Ein Beispiel bildet die Schulreform, die Ende 2016 gegen den Widerstand von Fachleuten und Betroffenen verabschiedet wurde.⁹ Ab September 2017 wird das bisher auf die Grundschule folgende dreijährige Gymnasium abgeschafft. Fast eine Million Polen haben eine Volksabstimmung zur Schulreform gefordert. Leider vergeblich. „In hastiger Arroganz gemachte Reform“, steht in der SZ.¹⁰

Die Zusammensetzung der Regierung wird meistens kritisch bewertet. Nach einem Artikel von „neues deutschland“ besteht jedoch die Regierung

nicht nur aus unberechenbaren „enfants terribles“ und „Hardlinern“, wie Antoni Macierewicz (Verteidigungsminister) und Zbigniew Ziobro (Jusizminister), „sondern auch aus besonnenen Analytikern, wie dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki oder Jarosław Gowin“.¹² Macierewicz wird als rechte Hand Kaczyńskis für „besonders schwierige Aufgaben“ und daher als unantastbar bezeichnet.¹³

2. Ziemlich umfangreich wird über die Kritik seitens der EU-Parlamentarier und der Europäischen Kommission (Vorwurf der Missachtung der europäischen Verträge)¹⁴ sowie über das Verfahren der EU zur Überprüfung der Rechtsstaatlichkeit in Polen und die Drohung mit Sanktionen (darunter mit dem Entzug des Stimmrechts) seitens der EU berichtet.¹⁵

Es handelt sich um ein Verfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrages, das wegen „schwerwiegender und anhaltender Verletzung“ von Grundwerten der EU die Aussetzung von Mitgliedsrechten erlaubt.¹⁶ Berichtet wurde, dass sich die polnische Regierung jegliche Kritik verbiete und vor allem dem Vizepräsidenten der EU-Kommission, Frans Timmermans, politische Motive seiner Kritik vorwerfe (verlacht wird in der „Süddeutschen Zeitung“ die polnische Darstellung: Polen als Opfer der politisch motivierten Angriffe der EU-Kommission). Die Zeitung wies auch darauf hin, dass Frans Timmermans die Unterstützung von Bundesaußenminister Sigmar Gabriel bekommen hat. Gabriel sagte u.a., dass Timmermans exzellente Arbeit macht und eine wichtige Aufgabe bei der Beurteilung der Verletzung der Rechtsstaatlichkeit in Polen erfülle.¹⁷

Man wirft der Partei Recht und Gerechtigkeit und vor allem ihrem Chef J. Kaczyński vor, dass Polen die Europäische Union verachte und das Land in die Isolation geführt werde. Nach Meinung von Stefan Ulrich will die Partei Recht und Gerechtigkeit „die EU auf einen Binnenmarkt zurückstutzen, auf eine Union, die sich nicht in die innere Ordnung ihrer Mitglieder einmischt und bei Rechtsstaat und Demokratie keine Vorschriften macht“.¹⁸

Dennoch schätzt die Partei die Finanzhilfen sowie andere Vorteile sehr hoch ein. Es wird berichtet, dass die EU-Kommission erstmals in ihrer Geschichte ein Verfahren gegen einen Mitgliedsstaat – nämlich

gegen Polen – eingeleitet habe, weil der Regierung die Einschränkung der Rechtsstaatlichkeit vorgeworfen wurde.

Als ein Fehler und Kuriosum wurde der Widerstand der polnischen Regierung gegen die Wiederwahl von Donald Tusk für eine zweite Amtszeit als EU-Ratspräsidenten bewertet („Allein gegen alle“ lautete der vielsagende Titel eines Artikels).¹⁹ Polen hat den eigenen Kandidaten Jacek Saryusz-Wolski nominiert und befand sich während der Wahl „in beispielloser Isolation“.²⁰ Tusk wurde mit den Stimmen aller Staaten, mit Ausnahme Polens, wiedergewählt. Nach der Niederlage wollte Polen die Verabschiedung aller politischen Beschlüsse (zu Handel, Verteidigung und Migration) blockieren. Auch Waszczykowski nannte die Wiederwahl von Donald Tusk ein „Diktat aus Berlin“.²¹ In Polen war auch die Rede von „deutscher Dominanz“.²² Die Journalisten haben gefragt, wie es möglich ist, dass das Tusks Heimatland seine Wiederwahl blockiert? Die Antwort lautete: weil Jarosław Kaczyński Tusk hasst und ihn für den Flugzeugabsturz im April 2010 bei Smoleńsk sowie für den Tod seines Zwillingsbruders verantwortlich hält.²³

Stephan Fischer meint, dass die EU in Polen immer mehr als Gegner Polens erscheint. Trotz des drohenden Vertragsverletzungsverfahrens wegen der Justiz gibt man sich in Polen uneinsichtig. Hinzu kommt: nach der Anordnung eines sofortigen Abholzungsstopps durch den Europäischen Gerichtshof werden die Bäume im Biosphärenreservat im Białowieża-Urwald nach wie vor gefällt.²⁴ Nach Meinung von Dietmar Nietan, Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, würde Polen heute die EU-Beitrittskriterien im Bereich Justiz und Rechtsstaatlichkeit nicht mehr erfüllen.²⁵

3. Kritisiert wird auch die polnische Opposition, die schwach, passiv und uneinig sei; dem Chef der PO, Grzegorz Schetyna, gelinge es nicht, die Opposition zu einen, sie reagiere und agiere wie gelähmt. Es dominiert die Feststellung: dass es an Parteien fehlt, „die glaubwürdig genug sind, um die Herrschaft der Identitären zu beenden“²⁶ „Wenn die Opposition profitiert, dann nicht von eigenen neuen Ideen oder Köpfen, sondern nur von Fehlern der Regierung“.²⁷ Charismatische und kreative Persönlichkeiten in der Auseinandersetzung mit der PiS sind in Polen gefragt,

steht in „neues Deutschland“.²⁸ Die führenden Köpfe der Opposition werden als „ausgebrannt“ dargestellt.

In den ostdeutschen Zeitungen wird weit mehr über die Schwäche der polnischen Linken geschrieben. Es wird bemängelt, dass die Linke (ein „Konglomerat konfuser Splittergruppen“) nach wie vor um ihre politische Identität ringe, und es werde noch lange dauern, bis eine stabile sozialdemokratische Kraft herausgebildet werden könne.²⁹

Auch die außerparlamentarische Opposition wird eher kritisch bewertet, vor allem die Bewegung „Komitee zur Verteidigung der Demokratie“ (KOD), die für Demonstrationen gegen umstrittene Reformen der PiS-Regierung Zehntausende Polen mobilisiert und aufruft.

4. Positiv wird meistens die polnische Bevölkerung dargestellt („die Zivilgesellschaft ist stark, die Bereitschaft zum Protest beachtlich“). Obwohl sie in Deutschland als gespalten wahrgenommen wird, wird hervorgehoben, dass die polnische Zivilgesellschaft seit Jahren „mutig und entschlossen Flagge gezeigt hat“.³⁰ Besonders hoch eingeschätzt werden polnische Frauen („Polens Frauenbewegung“), die im Herbst 2016 gegen das Abtreibungsverbot protestierten. Nach der Machtübernahme wollte die PiS nicht nur ein totales Abtreibungsverbot, sondern auch ein Verbot der „Pille danach“. Die Proteste der Frauen brachten zum Ausdruck, dass die „frauenfeindliche Regierung“ dem Untergang geweiht sei.³¹

Als Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Mai 2017 Polen besuchte, wurde in der „Süddeutschen Zeitung“ über eine Demonstration berichtet, die damals stattfand. Einige Dutzend Polen standen und schwiegen, aber jeder hielt ein Exemplar der polnischen Verfassung in der Hand. Es war ein Protest, schrieb Nico Fried, den man versteht, wenn man gar kein Polnisch spricht.³²

Sehr umfangreich wurde über die Protestwelle von mehreren tausend Menschen („die Lichterketten“) gegen die umstrittene Justizreform berichtet.³³ Betont wurde dabei, dass erstmalig junge Menschen protestierten, die keine „Leichen im kommunistischen Keller“ zu fürchten haben.

In positivem Licht werden auch jene Städte und ihre Bürgermeister vorgestellt, die demonstrativ gegen das auftreten, was die Regierung will

und was der Regierung gefällt. Zu solchen Städten wird u.a. Poznań (sogar als „Bollwerk demokratischer Opposition“ gegen undemokratisches Vorgehen der Regierung genannt) gezählt und auch der Oberbürgermeister Jacek Jaśkowiak.³⁴ Auch Gdańsk mit dem die Regierung kritisierenden Oberbürgermeister Paweł Adamowicz wird positiv dargestellt.³⁵ In Ostdeutschland wird Robert Biedroń, Bürgermeister von Słupsk, als Hoffnungsträger der Linken betrachtet.³⁶

5. Hoch und positiv wird die ökonomische Entwicklung des Landes bewertet. Mit Bewunderung wird festgestellt, dass das Land keine so enorme Hilfe wie Ostdeutschland von Westdeutschland bekam, sich aber trotzdem seit Ende des Kommunismus hervorragend entwickelte. „Die Städte blühten auf, die Wirtschaft boomte, der Lebensstandard sehr vieler Bürger stieg rasch an“.³⁷ In wirtschaftlicher Hinsicht wird Polen ein Membermitglied der EU genannt. Wirtschaft – so wird berichtet – wächst u.a. dadurch, dass die Familien ab dem zweiten Kind monatlich 500 Zloty bekommen. Mit dem Programm „500 Plus“ habe die Regierung die Bevölkerung an den Wahlurnen „gekauft“, heißt es.

Sehr nüchtern wird die polnische Energiepolitik, vor allem die Gas-Politik, geschildert, und gleichzeitig wird die deutsche Pipeline-Politik kritisiert. Das heisst, die Kritik Polens an der deutschen Förderung der Nord Stream 2 Pipeline wird als berechtigt angesehen.³⁸ Die Darstellung der Pipeline Nord Stream 2 (seitens der Kanzlerin Merkel und des ehemaligen Wirtschaftsministers Sigmar Gabriel als ein „rein wirtschaftliches Projekt“) wird in Polen als unglaublich angesehen. Florian Hassel erklärt, dass die Energiepolitik in Polen auch Abhängigkeit oder Unabhängigkeit von Russland, Erpressbarkeit („Gaslieferung als politische Waffe“) und Vertrauen bedeute. Er schreibt, dass die Argumente Polens in Berlin nie ernst genommen wurden. Als berechtigt bezeichnet der Autor den Verdacht der polnischen Regierung, dass sich deutsche Politiker im Zweifelsfall eher mit den Russen einigen, als die Interessen Polens ernst zu nehmen.³⁹ Wegen der Nutzung von Kohle liegen jedoch 33 von den 50 europäischen Städten mit der höchsten Luftverschmutzung in Polen, steht in der „Süddeutschen Zeitung“.⁴⁰

6. Migrationspolitik. Seit Beginn der Flüchtlingskrise stellt die Partei Recht und Gerechtigkeit die Aufnahme muslimischer Flüchtlinge als tödliche Gefahr für Polen dar, schreibt Florian Hassel in der „Süddeutschen Zeitung“.⁴¹ Wojciech Osinski meint in „neues deutschland“, dass die Flüchtlingskrise in der Wahl 2015 das „Zünglein an der Wagge“ war und der PiS zum Wahlsieg verhalf.⁴² Seit dem Regierungswechsel im Herbst 2015 wurden die Flüchtlinge zu einem der zentralen Streitthemen zwischen Brüssel und Warschau. Die Bürgerplattform hatte sich kurz vor der Wahniederlage dazu verpflichtet, 7500 Flüchtlinge aufzunehmen. Die neue Regierung will nichts davon wissen. Der Autor zitiert Innenminister Mariusz Błaszczak: „wir lassen nicht zu, dass sich unser Land mit der westeuropäischen Epidemie des islamistischen Terrors infiziert“.⁴³ Kritisch wurde berichtet, dass auch die Ministerpräsidentin Beata Szydło den Trauer- und Gedenktag des 14. Juni 2017 (Jahrestag des ersten Transports polnischer Gefangener ins Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau) nutzte, um zu warnen, dass man alles tun müsse, um Sicherheit und Leben der Staatsbürger zu schützen. In den Medien wurde der Satz als Rechtfertigung der gegenwärtigen politischen Handlungsweise (Antiflüchtlingspolitik) beurteilt.⁴⁴ In der Zeitung „neues deutschland“ wird der Aufruf der Ministerpräsidentin an Europa im Sejm zitiert: „Wo steuerst du hin, Europa? Wach endlich aus deiner Letargie auf, sonst wirst du bald jeden Tag um deine Kinder weinen“.⁴⁵ Gleichzeitig werden aber auch die Ergebnisse der Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ipsos hinzugefügt, nach welchen 70% der Polen keine Flüchtlinge muslimischen Glaubens aufnehmen wollen.

Die polnische Regierung wehrt sich gegen die Aufnahme von Flüchtlingen nach dem europäischen Verteilungsprogramm. Brüssel, die deutschen Medien – darunter die Journalisten der analysierten Zeitungen – verlangen von Polen Solidarität in der Flüchtlingskrise. Die Weigerung von Polen, bei der Verteilung von Flüchtlingen mitzumachen, wird scharf kritisiert und „empörend“ genannt. Die unterschiedlichen Einstellungen Deutschlands und Polens zum Thema Flüchtlinge wurden schon beim ersten Besuch Beata Szydło in Berlin im Februar 2016 betont.⁴⁶ In der Zeitung „neues deutschland“ wird aber auch die Wende („Schwenk“; „180-Grad Drehung“) in der Oppositionspartei – Bürgerplattform – von

der Willkommenskultur zur fremdenfeindlichen Rhetorik hervorgehoben. In den deutschen Medien wird betont, dass die PiS vor Flüchtlingen als Terroristen und Überträger gefährlicher Krankheiten warnt.

7. Die Justizreform wird rechtswidrig, höchst umstritten und fragwürdig genannt. In diesem Zusammenhang wird vor der Abschaffung der Demokratie („Zerstörung der Demokratie“, „Gefährdung der Unabhängigkeit der Justiz“, „Abschaffung der Gewaltentrennung“)⁴⁷ in Polen gewarnt. Vor allem ging es um die Abschaffung der Unabhängigkeit des Verfassungsgerichts und des Obersten Gerichts. Die Gerichte sollen künftig von der regierenden Partei kontrolliert werden (für die Auswahl der Richter wird die Politik zuständig sein). Der Justizminister soll jeden Richter in Polen austauschen können. Das Verfassungsgericht wurde seit Ende 2016 von der Richterin Julia Przyłębska geführt. Über die Richterin wird berichtet, dass sie „rechtskräftige Urteile über die Verfassungswidrigkeit mehrerer Gesetze der PiS-Regierung aus der Datenbank des Gerichtes löschen ließ und drei Richter zuließ, deren Wahl gegen die Verfassung verstieß“.⁴⁸

In den deutschen Medien wird betont, dass die von der PiS 2017 vorgelegte „höchst umstrittene“⁴⁹ Justizreform („Beseitigung einer unabhängigen Rechtsprechung“, „Aushebelung der Gewaltenteilung“)⁵⁰ mit der Verfassung nicht übereinstimmt. „Die klassische westliche Gewaltenteilung in Regierung, Parlament und Justiz“ wird von der PiS-Regierung in Polen nicht akzeptiert, schreibt Florian Hassel.⁵¹ Der Oberste Gerichtshof soll durch die Reform unter Regierungskontrolle gestellt werden. Das Parlament (zur Zeit von der PiS beherrscht) soll über die Besetzung des Landesrichterrats entscheiden. Bis jetzt wurden die Mitglieder des Richterrats durch eine Richterversammlung gewählt.

Zu den neuen Gesetzen, gegen welche zehntausende Polen auf den Strassen im Juli 2017 stark demonstrierten und protestierten, schrieb sowohl die „Süddeutsche Zeitung“ als auch „neues deutschland“, dass die Unabhängigkeit der Justiz und der Rechtsstaat bedroht seien, obwohl sie schon jetzt sehr beschädigt seien. Trotz des Vetos des Präsidenten gegen zwei Gesetze, so die Meinung, werde der Generalstaatsanwalt und gleichzeitig der Justizminister (in einer Person) die Richter kontrollieren, denn die Gesetzentwürfe von Duda würden aller Wahrscheinlichkeit nach

auch die Unabhängigkeit der Richter beschneiden. In der „SZ“ wurde gemutmaß, dass der Staatspräsident die Gesetze nur in Details ändern wolle und nicht im Grundsatz.⁵² Aber in „neues deutschland“ fragte man, ob sich Staatspräsident Duda („der Schützling“) von Jarosław Kaczyński („dem Ziehvater“) nun vielleicht endlich lösen wolle.⁵³ Als fragwürdig wurde die vorzeitige Beendigung der noch laufenden Amtszeiten der Mitglieder des Gerichtsrates genannt. Florian Hassel schreibt, dass die Regierung durch die Reform ein Vetorecht auf jede Richterbesetzung und jede Expertise sowie Stellungnahme des Gerichtsrates bekommt.⁵⁴

8. Die Außenpolitik und insbesondere der polnische Außenminister Witold Waszczykowski wurden scharf kritisiert. Neue Leitsätze der Außenpolitik, die Waszczykowski zwei Monate nach der Regierungsübernahme (am 29. Januar 2016) im Parlament vorgestellt hat, wurden als falsch bewertet:

- Reform des diplomatischen Dienstes – Entlassung aller Diplomaten (ca 5000 Angehörige des diplomatischen Dienstes), die von 1944 bis 1990 Mitarbeiter der Staatssicherheit waren. Bald hat sich herausgestellt, dass der von der PiS nach Berlin delegierte neue Botschafter Andrzej Przyłębski (privat Ehemann der Präsidentin des Verfassungsgerichts) ein solcher Mitarbeiter, nämlich „IM Wolfgang“ war. Nicht nur im diplomatischen Dienst, sondern auch im öffentlichen Dienst sollen alle leitenden Beamten durch PiS-Parteimitglieder ersetzt werden;
- Großbritannien sollte neuer Hauptverbündeter Polens in der EU werden (im Juni haben aber die Briten für Brexit gestimmt);
- Bildung eines Gegengewichts zu Deutschland und Frankreich in Form einer Vereinigung aller Staaten Zentraleuropas vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer, mit der Führungsrolle Polens (Drei-Meeres-Initiative). Polen spielt aber diese Rolle nicht;
- Russland sollte vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag verklagt werden (wegen unzureichender Kooperationsbereitschaft bei der Untersuchung des Flugzeugunglücks bei Smoleńsk).⁵⁵

Verlacht wurden auch viele Pannen des Außenministers, darunter die, als er in einem Interview sagte, dass sich Polen um die Unterstützung des Karibikstaats San Escobar bemühe. Leider existiert dieser Staat nicht.

Vor allem wird aber der außenpolitische Konfrontationskurs gegenüber Berlin und Brüssel hervorgehoben.⁵⁶ Die drei-Meeres-Initiative wird als ein Projekt gegen Paris und Berlin gerichtet bewertet. Im Rahmen der Initiative will Polen mit Hilfe der USA bis 2022 u.a. die Baltic Pipe Line (Erdgaspipeline) aus norwegischen Gasfeldern über Schweden, Dänemark und durch die Ostsee nach Polen bauen, um die Abhängigkeit von russischem Erdgas zu verringern.⁵⁷ Die Baltic Pipe Line soll mit einer Kapazität von ca. 13 Milliarden Kubikmetern jährlich unter europäischer Kontrolle stehen und bis zu 10 Milliarden Kubikmeter Erdgas nach Polen bringen. Aber über den Bau wird erst 2018 entschieden.

Kritisch werden auch die polnisch-amerikanischen Beziehungen bewertet. In Deutschland wurde über den Besuch von US-Präsidenten Donald Trump in Warschau im Juli 2017 umfangreich berichtet. Kritisiert wurde, dass die Regierungspartei ihre Anhänger aus ganz Polen nach Warschau kommen ließ, um die Trump-Rede („die Liebeserklärung an Polen“) zu hören.⁵⁸

In einem anderen Artikel ist die Rede von den „Flirtversuchen Warschaus mit Donald Trump“, die jedoch dem polnischen Staat nicht helfen würden.

Ein Sonderkapitel in der Außenpolitik Polens bilden die deutsch-polnischen Beziehungen. In Deutschland wurde be- und vermerkt, dass Polens Regierungschefin ihren Antrittsbesuch in Berlin erst drei Monate nach ihrem Amtsantritt machte.⁵⁹ Schon damals vertrat man die Meinung, dass die Freundschaft zwischen Frau Merkel und Frau Szydło kaum wachsen werde. Der Besuch von Frau Merkel in Polen im Februar 2017 fand statt, weil sich Polen um dieses Treffen bemüht hatte.⁶⁰ Als „komplizierte Freundschaft“, „angespanntes Verhältnis“, „Konfrontationskurs gegenüber Berlin“ werden diese Beziehungen bezeichnet. Den regierungsnahen polnischen Medien wird „antideutsche Hetze“ vorgeworfen.⁶¹ Im August 2017 bezichtigte die „Süddeutsche Zeitung“ die Regierungspartei PiS einer kalkulierten Kampagne gegen Deutschland.⁶² Vor der Reise Frau Merkels im Februar 2017 nach Polen sagte Jarosław Kaczyński in einem Interview, er werde gezwungen sein, „der Kanzlerin zu sagen, dass Deutschland entscheiden muss, welche Art von Beziehungen es mit Polen haben will. Denn es sei nicht möglich, Polen

anzuprangern und es sämtlicher Übel zu beschuldigen und gleichzeitig auf gute Beziehungen zu hoffen“.⁶³

Jarosław Kaczyński meint, dass die Geschichte uns nicht verbindet. „Sie trennt uns eher“. Er sagte, die beiden Völker würden trotz der intensiven Handelsbeziehungen – bezogen auf die Geschichte – „Zeit brauchen, um Wunden zu heilen“.⁶⁴

Antideutsche Ressentiments sitzen tief. Stephan Fischer gibt durchaus zu, dass Polen im Zweiten Weltkrieg Unvorstellbares durchlitt. „Millionen polnischer Männer, Frauen und Kinder wurden verschleppt, misshandelt, ermordet“.⁶⁵ Die „Süddeutsche Zeitung“ schreibt, dass Polens Regierung:

- die Aufnahmeverpflichtung von Flüchtlingen ein „deutsches Diktat“ nennt,
- meint, Polen werde von den deutschen Firmen ausgebeutet,
- meint, Donald Tusk sei ein deutscher Kandidat für den Posten des Präsidenten des Europäischen Rats.

Der Polen-Beauftragte der Bundesregierung, Dietmar Woidke, kritisierte die Lage im polnischen öffentlich-rechtlichen Rundfunk (darunter auch die massenhaften Entlassungen). Er warf der Regierung in Warschau vor, sie wolle die Medien unter ihre Kontrolle bringen. Als eine „beunruhigende Entwicklung“ bezeichnete er die Verschlechterung der Pressefreiheit.⁶⁶ Als ein wichtiges Thema der deutsch-polnischen Gespräche betrachtet die polnische Regierung nach wie vor den Minderheitenstatus der Polen in Deutschland.⁶⁷

Die Forderungen von PiS-Politikern nach Reparationen von Deutschland (bis zu 350 Milliarden Dollar)⁶⁸ wurden nach Meinung des Journalisten der Zeitung „Die Welt“ aus innenpolitischen Gründen erhoben. Die Partei Recht und Gerechtigkeit wolle dadurch die eigenen Reihen schließen und die Aufmerksamkeit von der Justizreform ablenken. In den deutschen Medien unterschlägt man keineswegs die Schuld Deutschlands und die großen Verluste Polens. Man bestreitet die Verbrechen, ungeheure Zerstörungen, Ausplünderungen und immense Bevölkerungsverluste nicht.⁶⁹ Der Autor meint aber, dass es seitens der PiS leere Drohungen sind. Doch sind in dem Artikel auch Sachfehler enthalten: der Verzicht auf Reparationen seitens der Regierung der Volksrepublik Polen war im Jahre 1953

und nicht 1954. In dem Artikel wird auch bestritten, dass die damalige polnische Regierung eine sowjetische Marionettenregierung war. Man muss freilich zugeben, es gab damals eine undemokratische Regierung, die nicht selbständig regieren konnte.

9. Geschichtspolitik ist u.a. eng mit den deutsch-polnischen Beziehungen verbunden – aber nicht nur. „Vergangenheit hat in Polen einen viel höheren Stellenwert als in Deutschland“⁷⁰, schrieb Stephan Lehnstaedt in der „Süddeutschen Zeitung“, um die aktiv betriebene Geschichtspolitik und deren Rolle in der polnischen Außenpolitik zu erläutern. Gezeigt wurden von ihm die unterschiedlichen Perspektiven der Präsentation von polnischer Geschichte. Die „Bürgerplattform“ wollte die Vergangenheit im internationalen Kontext, u.a. im Museum des Zweiten Weltkrieges in Gdańsk, zeigen (dem westlichen Geschichtsverständnis folgend), und die Partei Recht und Gerechtigkeit schildert vor allem „Heldenmut und Opferbereitschaft“ der Polen (ausschließlich aus der Binnenperspektive). Der Verfasser kritisiert die Entscheidung der polnischen Regierung, das Museum in Gdańsk zu schliessen. Den deutschen Politikern empfiehlt Professor Lehnstaedt mehr Respekt und weniger Überheblichkeit, wenn sie Unverständnis über polnische Geschichtspolitik äußern.

Dem Museum des Zweiten Weltkrieges – dem Plan der Zwangsvereinigung dieses Museums mit dem nur auf dem Papier existierenden Museum Westerplatte – wurde auch ein umfangreicher Artikel von Mia Raben gewidmet.⁷¹ Die Verfasserin stellt die große – acht Jahre dauernde – Arbeit vor, die von dem ehemaligen Direktor des Museums, Piotr Machcewicz und seinem 60-köpfigen Team, geleistet wurde. Das Museum steht in direkter Nachbarschaft zum Postamt – einem der ersten Kampfplätze während des deutschen Überfalls auf Polen am 1. September 1939. In 18 Räumen des Museums werden „der Weg zum Krieg“, „der Terror des Krieges“ und „die langen Schatten des Krieges“ dargestellt. Zitiert wird in dem Artikel die Aussage von Barbara Kirshenblatt-Gimblett (Chefkuratorin des Museums der Geschichte der polnischen Juden in Warschau) über das Museum: „Dieses Museum schafft eine Wende. Es ehrt Helden und Opfer, ohne den Krieg zu glorifizieren. Damit setzt es einen Weltstandard“.⁷² Das Museum wird in Polen als eine Ausnahme

genannt. Es betrieb keinen Heldenkult. „Es rückt die Leiden der Bevölkerung in den Mittelpunkt – noch dazu in transnationaler Perspektive“.

Dem Direktor wurden leider Formfehler vorgeworfen. Das Museum wurde als „Dorn im Auge“ Jarosław Kaczyńskis betrachtet. „Polens Krieg um den Weltkrieg geht weiter“, schrieb die Autorin. Der Kulturminister Piotr Gliński hatte angeordnet, dass das Museum mit dem Museum Westerplatte vereint wird, was die Ernennung einer neuen Leitung ermöglicht. „Ein taktisch-administrativer Schachzug“, schreibt Florian Hassel.⁷³ Auch die Zeitschrift „Der Spiegel“ kritisierte die Erinnerungskultur der polnischen Regierung am Beispiel des Museums in Gdańsk. Jan Puhl stellt fest, dass für die nationalkonservative Partei Recht und Gerechtigkeit die Ausstellung „nicht genug patriotisch“ sei.⁷⁴ Es ist kein Pantheon polnischer Kriegshelden, sondern es zeigt vor allem die Erfahrung der Zivilbevölkerung. Jan Puhl schrieb, dass die nationalkonservativen Polen die Geschichte Polens als „einen einzigen Überlebenskampf verstehen: Jahrhundertlang haben Deutsche und Russen immer wieder Polen überfallen, geteilt und die Bevölkerung unterjocht und ermordet“. Die Polen haben sich gewehrt, und der Zweite Weltkrieg wird als Höhepunkt des Martyriums wahrgenommen.

Der Direktor Machcewicz wurde entlassen. Ein Abgeordneter der Regierungspartei sagte, ein solches Museum solle man statt in Polen besser in Brüssel errichten. Das Kulturministerium wirft dem Direktor vor, dass er bei der Gestaltung der Ausstellung keine Kompromisse gemacht habe.⁷⁵

Norbert Frei, der berühmte deutsche Historiker, der sich u.a. mit der Nazi-Zeit auseinandergesetzt hat, nennt die Ablösung des Direktors Machcewicz und die Kritik des Museums „ein brutales Beispiel“ dafür, wie Geschichtspolitik in den Dienst der Antiaufklärung gestellt wird.⁷⁶

Dietmar Nietan meint, dass Deutschland wegen der Geschichte jedes Wort gegenüber Polen auf die Goldwaage legen muss. Kritisiert wird in der „Süddeutschen Zeitung“ deshalb die „leichtfertige Formulierung“ von den „polnischen Konzentrationslagern“, die sowohl in Deutschland als auch in anderen Ländern verwendet wird. Das gilt auch für die Formulierung „polnische Todeslager“ – wird in der Zeitung „neues deutschland“ betont. Dazu schreibt – mit viel Verständnis – auch der Autor eines Artikels, dass sich in Polen Empörung darüber Bahn bricht, wenn

der Warschauer Aufstand ignoriert oder mit dem Ghettoaufstand verwechselt wird (wie es Roman Herzog 1994 getan hat).⁷⁷ Hervorgehoben wurde aber auch, dass die historischen Jahrestage in Polen von extremen Rechten und Ultranationalisten genutzt werden und diese Gruppierungen von der Regierung als patriotisch angesehen werden.

10. Viel Platz wurde auch den Folgen des Flugzeugabsturzes bei Smoleńsk gewidmet. Von PiS-Chef Jarosław Kaczyński werden monatliche Kundgebungen in Warschau organisiert. Wie die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete, wurde Mitte Dezember 2016 ein neues Versammlungsrecht verabschiedet, das im März 2017 in Kraft getreten ist, um die Behinderungen der Kundgebungen seitens der Opposition zu beseitigen. Das Gesetz gilt als umstritten, weil es vorsieht, dass die regelmäßigen Veranstaltungen etwa kirchlicher und staatlicher Einrichtungen bei der Vergabe der Zulassung Vorrang vor anderen Demonstrationen erhalten.⁷⁸ Sehr kritisch wird die Begehung des so genannten Smolensk-Appells dargestellt. Dieser Appell ist ein militärisches Ehrenzeremoniell; es stellt Polen – im Zusammenhang mit dem im April 2010 bei dem Flugzeugabsturz gestorbenen Präsidenten Lech Kaczyński – in eine Reihe mit polnischen Kriegshelden. Man nennt den Smoleńsk-Appell eine neue Partei- und Staatsmythologie. Die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete u.a. darüber, dass der o.g. Oberbürgermeister von Poznań beim Gedenken an den Aufstand gegen Kommunisten am 28. Juni 2016, am 60. Jahrestag, dieses Zeremoniell nicht zuliess.⁷⁹

Schlußfolgerungen

Für diese Analyse wurden nur zehn ausgewählte Themen berücksichtigt, obwohl in den deutschen Medien in dem fraglichen Zeitraum viele andere Themen und Probleme zu Polen besprochen wurden. Die meisten Artikel wurden von zwei Journalisten geschrieben: von Florian Hassel (Osteuropakorrespondent der „Süddeutschen Zeitung“ mit Sitz in Warschau) und von Wojciech Osinski (Korrespondent für „neues deutschland“). Festzuhalten bleibt, dass den Ereignissen und der Lage in Polen in deutschen Medien – relativ gesehen – viel mehr Platz eingeräumt wird als den

Vorgängen in anderen osteuropäischen Ländern. Die diesbezüglichen Darstellungen und Kommentare sind sowohl in der liberalen als auch in der linken Presse sehr kritisch. Grosse Unterschiede in der Bewertung der Politik Polens sind nicht festzustellen. Polen wird vor allem als ein Land ohne freie Medien und ohne unabhängige Justiz betrachtet. Zahlreiche Politiker werden kritisiert. Meinungsumfragen in Polen werden als unzuverlässig eingeschätzt. In der „Süddeutschen Zeitung“ kann man gar lesen, dass „Polen alle finsternen Vorurteile bestätigt und sich inkompetent, xenophob und antisemitisch“ zeigt.

Ein Teil der polnischen Bürger teilt die kritischen Ansichten deutscher Journalisten. Das haben diese Bürger bewiesen, indem sie in großer Zahl protestiert haben und mit ihrem Protest auf die Straße gegangen sind. Das wurde in der deutschen Presse auch vielfach und positiv dargestellt.

Es ist zu fragen, ob das Bild von Polen falsch, gefälscht oder wahr, übertrieben oder tatsächlich so kritisch zu sehen ist. Aus der Perspektive einer polnischen Bürgerin möchte man natürlich, dass das Bild im Ausland positiver wäre. Manchmal bekommt man denn aber doch auch den Eindruck, dass einige Zeitungsberichte etwas übertrieben sind. Das gilt zum Beispiel im Falle der deutsch-polnischen Beziehungen. Man erfährt zwar viel über die Politik der polnischen Regierung gegenüber Deutschland, aber wenig darüber, wie polnische und deutsche Menschen das jeweilige Nachbarvolk wahrnehmen – und da gibt es doch wohl sehr viele positive Aspekte.

Allerdings bleibt auch festzustellen: wenn die polnische Regierung kein „Polexit“ aus der Europäischen Union beabsichtigt, darf sie die Kritik nicht als völlig unbegründet zurückweisen.

Anmerkungen:

- ¹ N. Skrzypczak, Solidarität mit Küstriner Woodstock, „Märkische Allgemeine Zeitung“ vom 3. 8. 2017.
- ² J. Dehnel, Sprache der verbrannten Erde. Wenn die Opposition zum Todfeind wird und das Parlament zum Werkzeug der Rache: Besichtigung der rhetorischen Schlachtfelder in Polen, „Süddeutsche Zeitung“ vom 29./30. Juli 2017.

- ³ W. Osinski, Polens Linke auf der Suche nach neuen Gesichtern, „neues deutschland“ vom 21. 2. 2017.
- ⁴ W. Osinski, Kein Polesxit und Hoffnung auf den Handschlag, „neues deutschland“ vom 7. 2. 2017.
- ⁵ S. Ulrich, Allein gegen alle, „Süddeutsche Zeitung“ vom 10. 3. 2017.
- ⁶ S. Fischer, Wider den strengen Vater und Betreuer. Immer mehr junge Polen opponieren gegen die PiS-Regierung, die in alle Lebensbereiche regieren will. Zu spät?, „neues deutschland“ vom 27. 7. 2017.
- ⁷ Z.B. F. Hassel, Der Rückfall, „Süddeutsche Zeitung“ vom 21. 6. 2017.
- ⁸ S. Ulrich, Allein gegen alle...
- ⁹ F. Hassel, Proteste in Polen, „Süddeutsche Zeitung“ vom 6./7. 5. 2017.
- ¹⁰ F. Hassel, Es bröckelt, „Süddeutsche Zeitung“ vom 6./7. 5. 2017.
- ¹¹ W. Osinski, Polens Präsident wird erwachsen, „neues deutschland“ vom 12./13. 8. 2017.
- ¹² W. Osinski, Polens Staatsoberhaupt emanzipiert sich, „neues deutschland“ vom 26. Mai 2017.
- ¹³ S. Ulrich, Tyrannei der Mehrheit, „Süddeutsche Zeitung“ vom 22. 2. 2017.
- ¹⁴ DPA, AP, EU-Parlamentarier kritisieren Polen scharf, „Süddeutsche Zeitung“ vom 14. 7. 2017.
- ¹⁵ D. Brössler, EU-Kommission will Druck auf Polen erhöhen, „Süddeutsche Zeitung“ vom 24. 2. 2017.
- ¹⁶ Ebenda.
- ¹⁷ S. Ulrich, Allein gegen alle...
- ¹⁸ Ebenda.
- ¹⁹ D. Brössler, Einheit oder Geschwindigkeit, „Süddeutsche Zeitung“ vom 9. 3. 2017.
- ²⁰ D. Brössler, A. Mühlhauer, „Diktat aus Berlin“ – Eklat beim EU-Gipfel, „Süddeutsche Zeitung“ vom 10. 3. 2017.
- ²¹ D. Brössler, A. Mühlhauer, Deutschland plus 26. Polens Regierung findet die Wiederwahl von Ratspräsident Tusk als ein „Berliner Diktat“. Kanzlerin Merkel will davon nichts mehr hören. Sie würde demnächst in Rom lieber ein Zeichen der Einheit setzen, „Süddeutsche Zeitung“ vom 11./12. 3. 2017.
- ²² Ebenda; D. Brössler, S. Jannasch, A. Mühlhauer, Hass auf Tusk. Die Warschauer Regierung bleibt bis zuletzt beim Widerstand gegen den

Ratspräsidenten aus Polen, den sie als Feind sieht, „Süddeutsche Zeitung“ vom 10. 3. 2017.

²³ S. Fischer, Polens Knoten aus Gestern und Heute, „neues deutschland“ vom 5./6. 8. 2017.

²⁴ Interview. „Polen würde jetzt die EU-Beitrittskriterien nicht mehr erfüllen“, „Märkische Allgemeine Zeitung“ vom 27. 7. 2017.

²⁵ S. Ulrich, Allein gegen alle...

²⁶ F. Hassel, Es bröckelt...

²⁷ W. Osinski, Polens Linke auf der Suche nach neuen Gesichtern, „neues deutschland“ vom 21. 2. 2017.

²⁸ Ebenda.

²⁹ „Die Welt“ vom 25. 7. 2017.

³⁰ W. Osinski, Wenn Warten Leben kosten kann. Restriktionen, knappe Kassen und Ärztenmängel ruinieren Polens Gesundheitswesen, „neues deutschland“ vom 4. 05. 2017.

³¹ N. Fried, Dialog und Dissens. Steinmeier pflegt in Warschau eine komplizierte Freundschaft, „Süddeutsche Zeitung“ vom 20./21. 5. 2017.

³² W. Osinski, Polens Präsident wird erwachsen, „neues deutschland“ 12./13. 8. 2017.

³³ F. Hassel, Bollwerk Posen, „Süddeutsche Zeitung“ vom 20./21. 05. 2017.

³⁴ F. Hassel, Die Opposition unwählbar machen, „Süddeutsche Zeitung“ vom 18. 1. 2017.

³⁵ W. Osinski, Polens Linke...

³⁶ S. Ulrich, Allein gegen alle...

³⁷ F. Hassel, Gas und heiße Luft, „Süddeutsche Zeitung“ vom 6. 7. 2017.

³⁸ Ebenda.

³⁹ F. Hassel, Bäumefällen leichtgemacht. In Polen darf jetzt jeder abholzen. Das zeigt sich bereits im Stadtbild, „Süddeutsche Zeitung“ vom 10. 3. 2017.

⁴⁰ F. Hassel, Kritik an Rede in Auschwitz, „Süddeutsche Zeitung“ vom 15. Juni 2017.

⁴¹ W. Osinski, Kein Polexit...

⁴² W. Osinski, Muslime sollen draußen bleiben, „neues deutschland“ vom 6. 6. 2017.

- ⁴³ F. Hassel, Kritik an...
- ⁴⁴ W. Osinski, Muslime sollen...
- ⁴⁵ S. Braun, Bögen ums Hauptthema, „Süddeutsche Zeitung“ vom 13./14. 2. 2016.
- ⁴⁶ M. Helm, V. Wulf, „Wenn es nötig ist, gehe ich jeden Tag auf die Straße“, Süddeutsche Zeitung“ vom 20. 7. 2017.
- ⁴⁷ F. Hassel, Polens Justiz bangt um ihre Unabhängigkeit, „Süddeutsche Zeitung“ vom 21. 6. 2017.
- ⁴⁸ Der polnische Politologe Biskup über die Justizreform in seinem Land, <http://www.mdr.de/heute-im-osten/polen-justizreform-110.html>, (Abruf: 7. 8. 2017).
- ⁴⁹ F. Hassel, Polens Justiz...
- ⁵⁰ F. Hassel, Der Rückfall...
- ⁵¹ F. Hassel, Richter ohne Recht, „Süddeutsche Zeitung“ vom 26. 7. 2017.
- ⁵² W. Osinski, Polens Präsident...
- ⁵³ F. Hassel, Polens Justiz...
- ⁵⁴ F. Hassel, Seine Exzellenz, „IM Wolfgang“, „Süddeutsche Zeitung“ vom 9. 3. 2017.
- ⁵⁵ S. Fischer, Polens Knoten...
- ⁵⁶ F. Hassel, Raus aus russischer Abhängigkeit, „Süddeutsche Zeitung“ vom 6. 7. 2017.
- ⁵⁷ D. Brössler, F. Hassel, Mit Liebe – und Sinn fürs Geschäft, „Süddeutsche Zeitung“ vom 7. 7. 2017.
- ⁵⁸ S. Braun, Bögen ums Hauptthema...,
- ⁵⁹ W. Osinski, Kein Polexit...
- ⁶⁰ Ebenda.
- ⁶¹ F. Hassel, Amtliche Verunglimpfung, „Süddeutsche Zeitung“ vom 18. 8. 2017.
- ⁶² AFP, Kaczyński greift Merkel an, Süddeutsche Zeitung“ vom 17. 1. 2017; W. Osinski, Kein Polexit...
- ⁶³ XING, Langsamer Abschied aus der EU: Polen sieht Zukunft an der Seite der USA, <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/07/29/langsamer-abschied-aus-der-eu-polen-sieht-zukunft-an-der-seite-der-usa/>, (Abruf: 18. 8. 2017).
- ⁶⁴ S. Fischer, Polens Knoten...

- ⁶⁵ W. Neißé, Woidke ermahnt die Medien. Ministerpräsident plädiert für journalistische Qualität und kritisierte als Polenbeauftragter Presse im Nachbarland, „neues deutschland“ vom 12. 7. 2017.
- ⁶⁶ W. Osinski, Kein Polexit...
- ⁶⁷ W. Osinski, Polnischer Ruf nach Kriegsentschädigungen, „neues deutschland“ vom 28. 8. 2017. Später war die Rede über 1 Billionen Dollar.
- ⁶⁸ S. F. Kellerhoff, Warum Deutschland Polen keine Reparationen schuldet, „Die Welt“ vom 3. 8. 2017.
- ⁶⁹ S. Lehnstaedt, Einfach zuhören. Geschichtspolitik ist in Polen ein zentrales Thema. Deutsche sollten sich vor Besserwisserei hüten, „Süddeutsche Zeitung“ vom 26. 4. 2017.
- ⁷⁰ M. Raben, Mit dem Panzer mittendurch. Polen: Das neue Museum des Zweiten Weltkrieges in Danzig soll auf Regierungskurs gebracht werden. Die Macher wehren sich – bisher mit Erfolg. Noch aber ist das letzte Wort nicht gesprochen, „Süddeutsche Zeitung“ vom 7. 2. 2017.
- ⁷¹ Ebenda.
- ⁷² F. Hassel, Eine patriotische Tat, „Süddeutsche Zeitung“ vom 26. 1. 2017.
- ⁷³ J. Puhl, Geh doch nach Brüssel, „Der Spiegel“ 2017, Nr. 9, S. 122.
- ⁷⁴ Ebenda, S. 124.
- ⁷⁵ N. Frei, Geschichtspolitik, „Süddeutsche Zeitung“ vom 29./30. 4. 2017.
- ⁷⁶ S. Fischer, Polens Knoten...
- ⁷⁷ DPA, Neues Versammlungsrecht, „Süddeutsche Zeitung“ vom 20. 3. 2017.
- ⁷⁸ F. Hassel, Bollwerk Posen, op. cit.
- ⁷⁹ N. Pantel, Sie zeigen sich, „Süddeutsche Zeitung“ vom 23. 3. 2017.

Bibliographie:

- BRAUN S. Bögen ums Hauptthema, „Süddeutsche Zeitung“ vom 13./14.02.2016.
- BRÖSSLER, D., MÜHLHAUER, A. „Diktat aus Berlin“ - Eklat beim EU-Gipfel, „Süddeutsche Zeitung“ vom 10.03.2017.
- BRÖSSLER, D. Einheit oder Geschwindigkeit, „Süddeutsche Zeitung“ vom 9.03.2017.
- BRÖSSLER, D. EU-Kommission will Druck auf Polen erhöhen, „Süddeutsche Zeitung“ vom 24.02.2017.

- BRÖSSLER, D. Hassel F., Mit Liebe - und Sinn fürs Geschäft, „Süddeutsche Zeitung“ vom 7.07.2017.
- BRÖSSLER, D., JANNASCH, S., MÜHLHAUER, A. Hass auf Tusk. Die Warschauer Regierung bleibt bis zuletzt beim Widerstand gegen den Ratspräsidenten aus Polen, den sie als Feind sieht, „Süddeutsche Zeitung“ vom 10.03.2017.
- BRÖSSLER, D., MÜHLHAUER, A. Deutschland plus 26. Polens Regierung findet die Wiederwahl von Ratspräsident Tusk als ein „Berliner Diktat“. Kanzlerin Merkel will davon nichts mehr hören. Sie würde demnächst in Rom lieber ein Zeichen der Einheit setzen, „Süddeutsche Zeitung“ vom 11./12.03.2017.
- DEHNEL, J. Sprache der verbrannten Erde. Wenn die Opposition zum Todfeind wird und das Parlament zum Werkzeug der Rache: Besichtigung der rhetorischen Schlachtfelder in Polen, „Süddeutsche Zeitung“ vom 29./30. Juli 2017.
- Der polnische Politologe Biskup über die Justizreform in seinem Land, <http://www.mdr.de/heute-im-osten/polen-justizreform-110.html>.
- DPA, AP, EU-Parlamentarier kritisieren Polen scharf, „Süddeutsche Zeitung“ vom 14.07.2017.
- DPA, Neues Versammlungsrecht, „Süddeutsche Zeitung“ vom 20.03.2017.
- FISCHER, S. Polens Knoten aus Gestern und Heute, „Neues Deutschland“ vom 5./6/08.2017.
- FISCHER, S. Wider den strengen Vater und Betreuer. Immer mehr junge Polen opponieren gegen die PiS-Regierung, die in alle Lebensbereiche regieren will. Zu spät?, „Neues Deutschland“ vom 27.07.2017.
- FREI, N. Geschichtspolitik, „Süddeutsche Zeitung“ vom 29./30.04.2017.
- FRIED, N. Dialog und Dissens. Steinmeier pflegt in Warschau eine komplizierte Freundschaft, „Süddeutsche Zeitung“ vom 20./21.05.2017.
- HASSEL, F. Amtliche Verunglimpfung, „Süddeutsche Zeitung“ vom 18.08.2017.
- HASSEL, F. Bäumefällen leichtgemacht. In Polen darf jetzt jeder abholzen. Das zeigt sich bereits im Stadtbild, „Süddeutsche Zeitung“ vom 10.03.2017.
- HASSEL, F. Bollwerk Posen, „Süddeutsche Zeitung“ vom 20./21.05.2017.
- HASSEL, F. Der Rückfall, „Süddeutsche Zeitung“ vom 21.06.2017.
- HASSEL, F. Die Opposition unwählbar machen, „Süddeutsche Zeitung“ vom 18.01.2017.
- HASSEL, F. Eine patriotische Tat, „Süddeutsche Zeitung“ vom 26.01.2017.
- HASSEL, F. Es bröckelt, „Süddeutsche Zeitung“ vom 6./7. 05.2017. Hassel F., Gas und heiße Luft, „Süddeutsche Zeitung“ vom 6,07.2017.
- HASSEL, F. Kritik an Rede in Auschwitz, „Süddeutsche Zeitung“ vom 15. Juni 2017.

- HASSEL, F. Polens Justiz bangt um ihre Unabhängigkeit, „Süddeutsche Zeitung“ vom 21.06.2017.
- HASSEL, F. Proteste in Polen, „Süddeutsche Zeitung“ vom 6./7.05.2017.
- HASSEL, F. Raus aus russischer Abhängigkeit, „Süddeutsche Zeitung“ vom 6.07.2017.
- HASSEL, F. Seine Exzellenz, „IM Wolfgang“, „Süddeutsche Zeitung“ vom 9.03.2017.
- HELM, M., WULF, V., „Wenn es nötig ist, gehe ich jeden Tag auf die Straße“, „Süddeutsche Zeitung“ vom 20.07.2017.
- Interview. „Polen würde jetzt die EU-Beitrittskriterien nicht mehr erfüllen“, „Märkische Allgemeine Zeitung“ vom 27.07.2017.
- KELLERHOFF, S. F. Warum Deutschland Polen keine Reparationen schuldet, „Die Welt“ vom 3.08.2017.
- LEHNSTAEDT, S., Einfach zuhören. Geschichtspolitik ist in Polen ein zentrales Thema. Deutsche sollten sich vor Besserwisserei hüten, „Süddeutsche Zeitung“ vom 26.04.2017.
- NEIßE, W. Woidke ermahnt die Medien. Ministerpräsident plädiert für journalistische Qualität und kritisierte als Polenbeauftragter Presse im Nachbarland, „Neues Deutschland“ vom 12.07.2017.
- OSINSKI, W. Kein Polexit und Hoffnung auf den Handschlag, „Neues Deutschland“ vom 7.02.2017.
- OSINSKI, W. Muslime sollen draußen bleiben, „neues deutschland“ vom 6.06.2017.
- OSINSKI, W. Polens Linke auf der Suche nach neuen Gesichtern, „Neues Deutschland“ vom 21.02.2017.
- OSINSKI, W. Polens Linke auf der Suche nach neuen Gesichtern, „Neues Deutschland“ vom 21.02.2017.
- OSINSKI, W. Polens Präsident wird erwachsen, „Neues Deutschland“ vom 12./13.08.2017.
- OSINSKI, W. Polens Staatsoberhaupt emanzipiert sich, „Neues Deutschland“ vom 26. Mai 2017.
- OSINSKI, W. Polnischer Ruf nach Kriegsentschädigungen, „Neues Deutschland“ vom 28.08.2017.
- OSINSKI, W. Wenn Warten Leben kosten kann. Restriktionen, knappe Kassen und Ärztenmängel ruinieren Polens Gesundheitswesen, „Neues Deutschland“ vom 4.05.2017.
- PANTEL, N. Sie zeigen sich, „Süddeutsche Zeitung“ vom 23.03.2017.
- Puhl J., Geh doch nach Brüssel, „Der Spiegel“ 2017, Nr. 9, S. 122.
- RABEN, M. Mit dem Panzer mittendurch. Polen: Das neue Museum des Zweiten Weltkrieges in Danzig soll auf Regierungskurs gebracht werden. Die Macher

wehren sich – bisher mit Erfolg. Noch aber ist das letzte Wort nicht gesprochen, „Süddeutsche Zeitung“ vom 7.02.2017.

SKRRZYPCZAK, N., Solidarität mit Küstriner Woodstock, „Märkische Allgemeine Zeitung“ vom 3.08.2017.

ULRICH, S. Allein gegen alle, „Süddeutsche Zeitung“ vom 10.03.2017.

ULRICH, S. Tyrannei der Mehrheit, „Süddeutsche Zeitung“ vom 22.02.2017.

XING, Langsamer Abschied aus der EU: Polen sieht Zukunft an der Seite der USA, <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/07/29/langsamer-abschied-aus-der-eu-polen-sieht-zukunft-an-der-seite-der-usa/>

Kontakt na autorku příspěvku:

Dr hab. Aleksandra Trzcielińska-Polus, prof. UO
Uniwersytet Opolski
Instytut Politologii
Katedra Stosunków Międzynarodowych
ul. Katowicka 89
Opole 45-061